

Kraftwerke

## Mappus' Werk und Gabriels Beitrag

Ein neues Gesetz könnte Baden-Württemberg für atomare Altlasten haftbar machen.



Gabriel

Das von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplante Gesetz zur Haftung von Atomkonzernen könnte neben den Energieriesen E.on, RWE und Vattenfall auch die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg in Schwierigkeiten bringen. Zu diesem Schluss kommen Juristen des Karlsruher Energieversorgers Energie Baden-Württemberg (EnBW). Danach müssten das Land und einige Landkreise unbefristet für den milliardenschweren Rückbau der Atomanlagen und für die Endlagerung nuklearer Abfälle von EnBW haften, sollte Gabriel sein Gesetz in der jetzigen Form durchsetzen. Grund dafür ist der vom damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) im Jahr 2010 eingefädelt Ankauf von EnBW-Anteilen durch die Landesregierung. Mappus hatte dem französischen EDF-Konzern für knapp fünf Milliarden Euro Anteile an

EnBW abgekauft. Dafür wurde eigens eine landeseigene Gesellschaft gegründet. Sie ist zusammen mit den Landkreisen das beherrschende Unternehmen beim Stromversorger EnBW. Und genau dies könnte nun zum Problem werden: Gabriels Gesetzentwurf sieht vor, dass „beherrschende Unternehmen“ bei Energieversorgern für atomare Altlasten haften – unbefristet und selbst dann, wenn sie ihre Anteile verkaufen. Eigentlich zielt das Gesetz auf Unternehmen wie RWE, Vattenfall oder den vor der Aufspaltung stehenden E.on-Konzern. Die Bundesregierung befürchtet, dass sie sich durch geschickte Übertragungsmanöver aus ihrer milliardenschweren Verantwortung für die Atomaltlasten stehlen könnten. E.on hat bereits angekündigt, juristisch gegen ein Gesetz vorzugehen. EnBW hofft auf eine Ausnahmeregelung. fdo

### Energiewende Billigere Solarzellen

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) fordert die EU-Kommission auf, die Mindestimportpreise für chinesische Solarzellen abzuschaffen. „Diese vermeintliche Bestrafung chinesischer Hersteller treibt lediglich die Kosten von deutschen Unternehmen und Privatleuten hoch, die eine Fotovoltaikanlage installieren wollen“, kritisiert der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des DIHK, Volker Treier. Für die kommende Woche



Solaranlage bei Leipzig

wird erwartet, dass ein europäischer Verband um das Bonner Unternehmen Solarworld bei der EU beantragt, die bis Ende des Jahres befristeten Anti-Dumping-Maßnahme fortzusetzen. Der DIHK warnt vor Schaden für die Energiewende. Die durch die Mindestpreise gestiegenen Kosten für Fotovoltaikanlagen seien ein Grund, warum der Ausbau der Solarenergie ins Stocken geraten sei, so Treier. Er befürchte zudem, dass Vergeltungen des für die deutsche Wirtschaft bedeutenden Handelspartners China drohten. gt

FOTOS: PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT (U.); GREGOR FISCHER / DPA (O.)